

Erfolge

Trumps Plus, Netanjahus Werk, Macrons Contra

Ära Abraham

Präsident Trump verband am 23. Oktober im Telefon-Trio den Chef des Souveränen Rates Sudans Abd al-Fatah al-Burhan und Premier Abdallah Hamduk mit Israels Premier Benjamin Netanjahu, weil Israel und Sudan eben Frieden beschlossen hatten. Der Präsident erinnerte daran, dass Sudan lange eine Islamisten-Diktatur erlitt und Usama Bin Ladin beschützte. Es zahlte



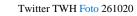
also \$335 Mio. an US-Terroropfer. Hamduk dankte Trump, vom Terrorindex gestrichen worden zu sein: اشكُر الرئيس ترامب لتوقيعه اليوم الأمر التنفيذي لإزالة السودان من قائمة الدول الراعية للإرهاب Sudan war seit 1993 gelistet als al-Qaida-Ort, 1998 Helfer für Attacken in Kenia-Tansania.

Berater Jared Kushner erinnert an "3xNein" gegen Israel der Araberliga nach der Kriegsniederlage 1967 in Khartum. Daraus wurde nun das 3xJa zu Israel: Frieden, Akzeptanz und Diplomatie. Sicher werde der Zwist Israel-Palästina gelöst, obzwar Autonomie-Behördenchef Abbas den Pakt Israel-Sudan abwies, während Präsident as-Sisi diesen begrüßt hatte. Der dritte Friedensschluss, den Team Trump und Netanjahu in sechs Wochen realisierten.

Ja, nach US-Wahlen mögen Oman und Saudi-Arabien unter nächsten fünf Ländern folgen. Abraham Pakte gedeihen zum Friedenswerk in Mittelost. Nun ratifizierte Israels Kabinett den Emirate-Pakt; der Bahrain-Pakt liegt der Knesset vor. Israel ist nicht gegen F-35 Verkäufe an die Emirate. Amerika-Bahrain vereinbarten auch, Antisemitismus anzugehen.

Justice Barrett

Der Senat wählte am 26. Oktober 52:48 Amy Coney Barrett auf Lebenszeit in das Oberste Gericht. Dort ist sie #115 – fünfte Frau. Die 48jährige bringt Konservative auf 6:3 von 5:4. Für manche ein Punkt, Trump zu wählen. Damit mag das Land Sozialexperimente besser meiden. Mithin darf Amerika in aller Vitalität Amerika sein. Einiges, was Trump erreicht hat, vergeht. Sein Richtererbe in über 200 Top-Stellen wirkt Dekaden. Er bringt auch mehr Transparenz, Offenheit und unternehmerische Haftbarkeit zur Politik. Sein Opponent verkörpert die konventionellen Politikerarten im Vergleich.





Eine Wählerhälfte hofft, wer da Pennsylvania, Michigan und Wisconsin gewinnt. Sehr viel steht in Frage. Dekaden liberaler Leichtfertigkeit erzeugten in der Bildung Nachwuchs, der Amerikas Nationalstaat wenig oder nur 1619 verdreht erlernt. Manche verkennen gar ihre Geschichte der "höheren Einheit" Nation, die Lösung aus den Blutsbanden oder Stämmen.

Seit den 1960ern trat an diese Stelle ethnische Gruppenidentität, versetzt mit Marxschen Formeln und Leninschen Taktiken, Opposition zu bedrängen. Globalisten suchen die Weltordnung ohne Nationalstaat und Kernfamilien. Früheres zeigt den Verfall heute: Nations-, Individual-, Freiheits-, Souveränitätsabbau mit HiTech-Redelimits, jedoch offene Grenzen und freie Versorgung jener, die dort illegal hinzukommen. Das stellt sich als untragbar dar.

Armenien, Afghanistan

Zudem deutet Trump am 23. Oktober an, mit Armenien zum Konflikt zu arbeiten. Zwei Tage darauf kam seine Nachricht über den zeitweiligen Waffenstillstand Armenien-Aserbaidschan, zu dem dort Außenminister Pompeo half. Obwohl brüchig, steht zu hoffen, dass dieser verstetigt werden kann. In Putins Asien-Troika bleibt Ankara die schwächere Seite.

Nach viel Gewalt kam aus Kabul am 15. Oktober der Bericht, dass der al-Qaida Führer Husam Abd ar-Rauf getötet wurde. Dies betrifft die Friedensgespräche, die erstmals direkt Regierung-Taliban in Katar laufen. Taliban sollten laut Pakt vom 29. Februar nicht al-Qaida schützen. US-Truppen wurden von 12.000 auf 8.600 reduziert, sollen alle heimkehren.

Glokales in Europa

Viele Bürger durchlaufen einen quälenden Prozess zu den extremen Polen rechts und links, wobei Islamismus als durch die Verfassungshüter definierte Ideologie-Art des politischen Extremismus je nach Sachverhalt beiderseits oder in der Mitte verortet werden kann. Dies erhellen Periodika der Landesämter, worin jüngst Islamismus als Oberbegriff den früheren Begriff Salafismus ablöste. Manche sehen zu jenen extremen Polen tiefe Dispute kommen.

BfV Juli 2020



Wer sich die jüngste Broschüre "Antisemitismus im Rechtsextremismus" ansieht, findet dort Antisemitismus oder Judenhass als zentrales Ideologieelement von Rechtsextremen definiert: Diffamierung und Diskriminierung einer vermeintlichen Gesamtheit von Juden. Dies galt auch im Nazi-Weltbild der "fremden Rasse". Am Ende kulminiert es in Israel-Feindschaft, im Antizionismus.

Das sind junge Achsen der Rechtsextremisten und Islamisten gegen "die Juden und Zionisten" oder den Staat Israel. Sie wirken gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung in Europa und Mittelost. Wegen rasanter und verschlüsselter Sozialmedien sind sie glokal. Unterbelichtet sind in Reports Judenhasser und Linksextreme in etablierten Parteien. Wäre das nun zu beachten?



Blockaden

Handelsminister Franck Riester meinte am 27. Oktober, Frankreich und Europa sind vereint: der nächste Europäische Rat möge die Machtbalance mit der Türkei austarieren, um besser Europas Werte zu vertreten. Dies trifft Ankara, zumal in Recep Tayyip Erdoğans Zeit 2003-2020, da 1\$ zur Lira 1.6 auf 8.3 verfiel. Da ruft er den Boykott Frankreichs aus? Sein Vergleich von Muslimen in Europa mit dem Nazi-Kurs gegen Juden geriet voll falsch.

Präsident Macron sagte am 2. Oktober zum islamistischen Separatismus, sein Land wieder aus Gegenordnungen zurückzuerobern. Laut dieser Ideologie stünden ihre Gesetze über denen der Republik. Am 16. Oktober enthauptete ein Islamist Samuel Paty. So etwas folgte in Nizza vor Notre Dame am 28. Oktober: drei Tote. In Lyon gab es Angriffe auf Armenier.

Alle ringen damit, plus Covid-19. Manche blockieren Immigration, andere Einflüsse der Imame. In Frankreich sind die Hälfte aus der Türkei, Algerien und Marokko, was den Streit Macron-Erdoğan anfeuerte. Angela Merkel suchte noch auf dem Europäischen Rat vom 2. Oktober eine positive Agenda mit Ankara für Dezember. Jedoch expansive Islamisten belasten nun einige Punkte wie Irans Atompakt, EU-Türkei-Pakt, Zollunion, Nato, Konflikte in Libyen, Syrien, Ost-Mittelmeer bis Armenien. Antworten darauf bringen mehr Einblicke in Emmanuel Macrons Contra für die laïcité.

Wolfgang G. Schwanitz